



**Gemeinsame Erklärung bei der Tagung  
„ Familien unterstützende Netzwerke – zwischen  
Generationen, Institutionen, Professionen“  
am 13./14. Februar 2008 in Hannover**

**Zur Diskussion: Wie wollen wir miteinander leben?  
Netzwerke, die tragen**

Familie ist Ort der gelebten Solidarität zwischen Partnern, Eltern und Kindern. In den Familien wird soziale Verantwortung eingeübt und gelebt, werden Liebe und Anerkennung, Verlässlichkeit und Treue, Beziehungs- und Bindungsfähigkeit gelernt und erfahren, Traditionen und Erfahrungen weitergegeben. Familien erbringen damit einen unverzichtbaren Beitrag zu Humanität und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Familie kann aber auch zu einem Ort von Grenzüberschreitungen und Gewalt werden.

Bisherige Lebensmuster erscheinen heute vielfach nicht mehr tragfähig. Deshalb stellt sich die Frage, wie im beginnenden 21. Jahrhundert Familie gelebt werden kann angesichts einer wachsenden Vielfalt familialer und nicht familialer Lebensformen.

- Die gemeinsame familiale Lebensspanne hat sich verlängert. Damit einhergeht eine Ausdehnung von Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen.
- Familie existiert heute als multilokale Mehrgenerationenfamilie mit lebenslangen Beziehungen zwischen den Generationen.
- Der demografische Wandel verweist auf neue Gestaltungsaufgaben und Handlungsbedarfe, denen von Politik und Gesellschaft noch nicht in zureichender Weise Rechnung getragen wird.
- Die Ansprüche der Gesellschaft an Familien haben zugenommen. Sowohl im Blick auf die Substanz der Leistungen als auch im Blick auf die Bewältigung in gesteigener Komplexität. In diesem Sinne ist Familie auch „Agentur“ zur Umsetzung gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse.

Die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse eröffnen Chancen, bringen aber auch Belastungen mit sich. Der 7. Familienbericht und der 12. Kinder- und Jugendbericht fordern beide, dass Familien und Eltern der öffentlichen Unterstützung bedürfen, um Kindern gute und gesunde Bedingungen des Aufwachsens zu bieten.

Der Perspektivwechsel zu einer nachhaltigen Familienpolitik zielt auf die Ermöglichungsbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und einer Realisierung von Lebensentwürfen mit Kindern und die Bewältigung der damit verbundenen Aufgaben.

Dazu brauchen, so der Familienbericht, Familien vor allem drei Dinge: ein entsprechendes Einkommen, Zeit und unterstützende Netzwerke, um den neuen Herausforderungen zu begegnen.

Die Sicht auf die Familien unterstützenden Netzwerke ist fokussiert auf eine Optimierung der bestehenden Infrastruktur sowohl im Blick auf die Organisationsform als auch auf die beteiligten Akteure. Neben den professionellen Fachdiensten in öffentlicher und freier Trägerschaft soll ein breites gesellschaftliches Bündnis, das Familien unterstützt und fördert, treten. Neue Vernetzungspartner sind Akteure aus verschiedenen professionellen und semiprofessionellen Handlungsfeldern und Freiwillige.

Damit erfährt der sozialraumorientierte Ansatz der Gemeinwesenarbeit eine neue Belebung. Die Unterstützungssysteme und wohnortnahen Netzwerke für bekannte und neue Bedarfe entwickeln sich aus bürgerschaftlichen oder administrativ unterstützten Initiativen vor Ort, aus Länder- und Bundesprogrammen wie dem Programm zum Aufbau von Familienzentren in NRW oder dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundes, dem Bundesprogramm Soziale Stadt, Frühe Hilfen oder auch Lernende Regionen.

In den Lokalen Bündnissen kooperieren Fachleute aus den Bereichen Bildung, Beratung, Betreuung mit der kommunalen Wirtschaft.

Eine tragfähige Einbeziehung des Sektors des Bürgerschaftlichen Engagements bedarf in allen Netzwerken fachlich und organisatorisch der besonderen Aufmerksamkeit.

Auch die Kirchen sind in diesem System gefordert. Nicht nur weil sie mit ihren Einrichtungen und Gebäuden eine beachtliche Infrastruktur im Sozialraum vorhalten, sondern, weil sie sich in großem Umfang diakonisch engagieren und sich ausdrücklich zu ihrer Mitverantwortung im Bildungs- und Beratungsbereich bekennen. Sie nehmen so eine ihrer genuinen Aufgaben in der Begleitung von Menschen während ihres gesamten Lebenslaufes wahr.

Dieser neue Denk- und Handlungsansatz berücksichtigt, dass die ausdifferenzierten und versäulten Angebotsstrukturen zukünftig nicht alleine angemessen im Blick auf den Bedarf der Betroffenen sind, noch aus öffentlichen Kassen finanzierbar erscheinen.

Die neuen, vernetzten und integrierten Angebotsstrukturen gehen flexibler und innovativer auf die verschiedenen Problemlagen ein. Professionelle Dienste oder fall-spezifische Hilfen sind eingebunden.

Hierbei ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass vorhandene Angebote der Familienhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe in ihrer Angebotstiefe und flächendeckenden Verbreitung nicht abgebaut werden, sondern an deren qualitativer Weiterentwicklung und der Verknüpfung mit anderen Angeboten gearbeitet wird.

Insgesamt ist ein Perspektivwechsel eingetreten: Die Bedarfe werden nicht mehr zuerst an Defiziten festgemacht, stattdessen wird ein ressourcenorientierter Ansatz verfolgt.

Damit werden Netzwerkarbeit und Kooperationen zwischen Institutionen auch zu moderierenden Aufgaben im Gemeinwesen. Die Einmischung in die kommunale Politik wird somit zu einer wichtigen Aufgaben der Familien-, der Kinder- und Jugendhilfepolitik und –planung.

Netzwerke müssen aufgebaut, gepflegt und weiterentwickelt werden. Auf Dauer müssen Ressourcen für die Koordination verschiedener Dienste und Angebote bereitgestellt werden.

Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie ist, dass Vernetzung als professionelle Arbeitsaufgabe anerkannt, die entsprechenden personalen Ressourcen für das Management von Netzwerken vorgehalten und die notwendigen Kompetenzen entwickelt werden. Nachhaltig kann diese Arbeit nur sein, wenn Netzwerke professionalisiert werden.

Institutionelle Innovationen und institutioneller Wandel, die Gestaltung von Netzwerken, Kooperation und fachübergreifende Zusammenarbeit, Erziehungspartnerschaften, erfordern besondere Kompetenzen. Entsprechende Reflexions- und Qualifizierungsprozesse anzubieten und durchzuführen, ist Aufgabe von Erwachsenen- und Familienbildung und der Psychologischen Beratung und Supervision.

Vernetzen will gelernt sein und bedarf der Qualifikation.

Diejenigen, die in Netzwerken zusammenarbeiten oder die Netzwerke managen, brauchen ein spezifisches Wissen und besondere Fähigkeiten. Neben dem Wissen um die Dynamik von Netzwerken und der Kenntnis von Problemfeldern und Konfliktpotenzialen sind das

- **personale Schlüsselkompetenzen** wie Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit, Kritik- und Konfliktfähigkeit, Motivationsfähigkeit, Beharrlichkeit u. a. Weiterhin brauchen besonders NetzwerkmanagerInnen
- **methodisches Wissen und Können** u. a. in diesen Bereichen: Moderation und Präsentation, Verhandlungsführung, Strukturierung und Reflexion von Prozessen, Gestaltung von Konferenzen, Workshops. Zu dem Profil „Vernetzungskompetenz“ gehören zudem
- **organisatorische Fähigkeiten** wie Öffentlichkeitsarbeit, Zeitmanagement, Akquisition und
- **allgemeine Kenntnisse des Handlungs- und Arbeitsfeldes**. Diese voraussetzungsreiche Arbeit bedarf der Unterstützung durch Fortbildung und ggf. durch supervisorische Begleitung. Sie kann erleichtert werden durch entsprechende vertraglich fixierte Absprachen.

Für den Erfolg von Vernetzungsprojekten ist es entscheidend, dass Akteure zu Partnern werden und auf dem Hintergrund unterschiedlicher Interessen und Handlungskulturen gemeinsame Ziele formulieren und schließlich umsetzen und evaluieren.

**BAG, BETA, DEAE, eaf, EKFuL und EZI arbeiten in einem Kooperationsverbund zusammen**, der diese Vernetzungspraxis exemplarisch erprobt. Die unterschiedlichen Verbände und Dienste mit ihren jeweiligen Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkten versuchen am „eigenen Leibe, gewissermaßen im Selbstversuch“ und im Blick auf ihre verschiedenen Aufgabenprofile innerhalb der EKD diesen Ansprüchen gerecht zu werden und haben im Blick auf ihre Vernetzungspraxis auch eigene Lernbedarfe identifiziert.

Die sechs bundesweit arbeitenden evangelischen Fach- und Dachverbände in den Arbeitsfeldern Erwachsenenbildung, Psychologische Beratung, Aus- und Weiterbildung von Beratungsfachkräften, Familienpolitik, Kindertagesbetreuung und Familienbildung haben in den letzten Jahren im Rahmen von Tagungsprojekten kooperiert und sich in der Beobachtung der aktuellen Entwicklungen ausgetauscht, um das zentrale Anliegen von Kirche und ihren Diensten, Lebensbegleitung in Bildung, Beratung und Betreuung zu leisten, als eine christliche Kernaufgabe und als eine Form des gesellschaftlichen Engagement deutlich zu profilieren.

Sie nehmen damit auf Bundesebene eine Öffentlichkeitsfunktion wahr, damit die Querschnittsaufgabe „Familie“ in den Landeskirchen zukunftsweisend weiterverfolgt werden kann.

*Diese 3. Tagung nach den Vorläuferprojekten „Kinder erziehen - kinderleicht!?“ (2004), „Neuroscience und unsere Kinder“ (2006) ist eine weitere Station im Networking der evangelischen Bundesverbände, die in ihren Strukturen und Arbeitsfeldern die Familien begleiten und im politischen Raum ihre Interessen vertreten.*